

Wochenblatt

für
Pulsnitz, Königsbrück, Radeberg, Radeburg, Moritzburg und Umgegend.

Amtsblatt

der Königlichen Gerichtsbehörden und der städtischen Behörden zu Pulsnitz und Königsbrück

No. 42.

Sonnabend, den 26. Mai

1866.

Dieses Blatt erscheint Mittwochs und Sonnabends. — Preis vierteljährlich 10 Rgr. — Zu beziehen durch alle Postanstalten. — Inserate re, welche die gesparte Corrus-Zeile, oder den Raum, mit 1 Neugroschen berechnet werden, sind in Pulsnitz spätestens bis Montags und Donnerstags Abends 8 Uhr einzusenden. — Expeditionen sind: In Pulsnitz beim Herausgeber, in Königsbrück bei Herrn Kaufmann Andreas Grabl.

Bekanntmachung.

Den 11. Juni dieses Jahres

Sollen im hiesigen Amtshause verschiedene zur Abpfändung gelangte Gegenstände an Meubles, eine Drehmangel, drei Strumpfpf-
wirkerstühle, eine Strumpfpresse, verschiedenartige Kleidungsstücke und dergleichen gegen sofortige Baarzahlung an
den Meistbietenden, von Bermittags 9 Uhr ab, auctionswelse verkauft werden, was andurch öffentlich bekannt gemacht wird.

Königsbrück, am 14. Mai 1866.

Das Königliche Gerichtsamt daselbst.
Hartung.

Politische Uebersicht.

Sachsen. Einige Beruhigung hat der am Pfingstsonnabend
beim Bunde gestellte Abrüstungs-Antrag gewährt. Die an-
tragstellenden Regierungen sind dadurch vermittelnd zwischen die
erhigten Parteien getreten, zur friedlichen Schlichtung ihres Ha-
ders auffordernd. Wer sich weigert, also den Bundesfrieden bricht,
ist der Ruhestörer und ruft gegen sich selbst 300,000 deutsche Ba-
ponnete in die Schranken. Dazu wird weder Preußen noch De-
sterreich Lust verspüren und deshalb halten wir die friedliche Lö-
sung des Conflictes immer noch für möglich.

Dresden, 22. Mai. (D. J.) Der europäische Congress,
dessen Zusammentritt in Paris unter Theilnahme des Deutschen
Bundes in Aussicht steht, bringt eine wichtige Aenderung in der
momentanen Lage hervor. Nicht nur ist mit Sicherheit voraus-
zusetzen, daß während der Dauer des Congresses keine der Mächte,
die sich in Waffen einander gegenüberstehen, angreifen und den
Krieg beginnen wird; es ist dadurch auch überhaupt die Hoffnung
auf eine friedliche Lösung noch einmal neu belebt worden. Wird
nun auch Sachsen die zunächst zur eigenen Sicherheit getroffenen
militärischen Maßregeln nicht eher wieder aufgeben können, als
bis die Gefahren beseitigt sind, gegen welche sie getroffen wur-
den, so befindet sich die Regierung doch auch in diesem Augen-
blicke nicht mehr in der Lage, den Kammern irgend einen be-
stimmten Antrag vorlegen zu können, da sich bei der momenta-
nen Gestaltung der Verhältnisse nicht mit Sicherheit vorhersehen
läßt, was die nächste Zeit bringen und in welcher Weise, sowie
in welchem Umfange eine ständige Ermächtigung für die Re-
gierung nothwendig sein wird. Unter diesen Umständen haben
Se. k. Majestät beschlossen, den auf den 23. d. M. bestimmten
Zusammentritt des außerordentlichen Landtags, bis auf Weiteres
aufzuschieben.

Frankfurt a. M., Donnerstag, 24. Mai, Nachmittags. Das
„Dresd. J.“ meldet: In heutiger Bundestags-sitzung ist

der am 19. Mai von Bayern, Württemberg, Baden, Großher-
zogthum Hessen, Nassau, Sachsen-Weimar, Sachsen-Coburg-Gotha
und Sachsen-Meiningen eingebrachte Antrag einstimmig
angenommen worden. Preußen stellt für nächste Sitzung
eine Mittheilung über die Bedingungen für seine Abrüstung in
Ausficht, betont dabei wiederholt die Priorität der Rüstungen
Seiten Oesterreichs und Sachsens und bezeichnet Württembergs
Haltung als eine feindselige. Preußen habe durch Antrag auf
Einberufung eines Parlaments seine Friedensliebe bethätigt und
halte auch jetzt noch dessen schleunige Berufung für das einzige
Mittel, Krieg zu verhindern, gegen den sich die Stimme des
Volkes überall erhebe.

(Ein Telegramm des Wolffschen Bureau aus Berlin besagt:
Preußen erklärte, es habe rechtzeitig durch seinen Parlamentsan-
trag von 9. April den Weg eingeschlagen, auf welchem einem
Kriege vorgebeugt werden könne. Es habe sich offenkundig ge-
zeigt, daß die Stimmen des deutschen Volks eine Ausglei-
chung ihrer Interessen auf friedlichem Wege erstreben und den Weg
kriegerischer Cabinetspolitik nicht gut heißen. Preußen empfiehlt
daher die Annahme seines Parlamentsantrags und stimmte dem
Abrüstungsantrage der Bamberger Regierung bei.) Oesterreich,
Sachsen und Württemberg legen entschiedenen Widerspruch
gegen die sie betreffenden Ausführungen ein. Hannover giebt
eine kurze bundesfreundliche Erklärung ab. Ein Antrag Olden-
burgs auf Constituirung einer Austrägalinstanz betreffs der hol-
steinischen Successionsfrage wurde an den holsteinischen Ausschuss
verwiesen.

Dresden, 24. Mai. Der außerordentliche Landtag
wird nun am 26. feierlich durch Se. Majestät den König eröff-
net.

Frankfurt a. M., 20. Mai. Ueber den Vorfall mit den
Kanonenschlägen bei dem am 20. hier abgehaltenen Ab-
geordnetentage erzählt man Folgendes: Der Referent Dr